

denen die Nationalsozialisten besonders rasch einen großen Anhang um sich scharen konnten.

Das leitet zum dritten Kapitel „Sächsische Studierende in der Zeit des Nationalsozialismus“ (S. 347–478) über. In der „Aufbruchstimmung ungeahnten Ausmaßes“ (S. 367) formierte sich die nach dem Führerprinzip neu gebildete „Deutsche Studentenschaft“ als alleiniger Vertreter der Studentenschaft mit dem Anspruch auf politische Erziehung. Sie forderte von jedem Mitglied politischen Dienst in einer NS-Organisation und Teilnahme an Schulungen, was bald in Konflikt mit den Studienaufgaben geriet.

Seit den Anfängen studentischer Zusammenschlüsse gab es Kommilitonen, die sich für diese nicht interessierten, bewusst oder aus sozialen Gründen, mit der Sicherung ihres Lebensunterhaltes beschäftigt. Nach 1933 dürfte sich das nicht verändert haben. Nun waren sie aber mit einer Einrichtung konfrontiert, die einen Erziehungsanspruch erhob. Sicher, wenn sie sich verweigerten, verzichteten sie auf jeden Förderungsanspruch. Versuchten die staatlichen bzw. politischen Organe, sie zu disziplinieren? Und: War ihre Abstinenz nicht auch eine Form des Dissenses zur herrschenden Macht, ungeachtet ihrer Absicht, lediglich zu studieren? Knapp und zutreffend behandelt Lambrecht im Übrigen die wenigen Formen studentischen Dissenses an sächsischen Hochschulen.

Es liegt eine gut fundierte und interessante Darstellung der sächsischen Studentenschaft vor, die durch den Vergleich der einzelnen Hochschulen und gründliche Quellenarbeit unser Wissen über diese Jahrzehnte erheblich erweitert.

Leipzig

Siegfried Hoyer

EDUARD MÜHLE (Hg.), Briefe des Ostforschers Hermann Aubin aus den Jahren 1910–1968 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Bd. 7), Herder-Institut, Marburg 2008. – VI, 610 S. (ISBN: 978-3-87969-349-8, Preis: 58,00 €).

Der 1885 im böhmischen Reichenberg (tschech. Liberec) geborene und 1969 in Freiburg/Breisgau verstorbene Hermann Aubin gehört zu den interessantesten deutschen Historikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Schüler des Freiburger Mittelalterhistorikers Georg von Below hat Aubin von seinen akademischen Wirkungsstätten in Bonn, Gießen, Breslau, Hamburg und Freiburg, wo er seit 1945 seinen Hauptwohnsitz hatte, eine beeindruckend vielfältige und anregende Tätigkeit entfaltet, wobei er sich als Wirtschafts- und Sozialhistoriker, Ostforscher und nicht zuletzt auch Landeshistoriker einen Namen gemacht hat. Das 1920 von Aubin gegründete Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn war das nach dem Leipziger Kötzschke-Seminar für Landeskunde und Siedlungskunde älteste landesgeschichtliche Institut. Das Konzept der interdisziplinär betriebenen Kulturraumforschung geht auf Hermann Aubin zurück.

Im Gegensatz zu vielen anderen Historikern seiner Zeit lässt sich das Leben und Denken Aubins recht gut nachzeichnen, weil er nicht nur eine Fülle von Publikationen vorgelegt hat, sondern weiträumig in der deutschen Gelehrtenwelt vernetzt war und die vielfältigen Kontakte durch eine selbst für die damalige Zeit ungewöhnlich ausgedehnte und rege Korrespondenz pflegte. Nicht zuletzt dadurch war es dem Historiker Eduard Mühle möglich, eine umfassende Biografie des Ostforschers vorzulegen (vgl. E. MÜHLE, Für Volk und deutschen Osten, Düsseldorf 2005). Die vorliegende Auswahl-edition von Briefen Aubins knüpft daran an.

Die knappe Einleitung würdigt den ‚Gelehrtenbrief‘ nicht nur als historische Quelle sondern auch – in der Perspektive des beginnenden 21. Jahrhunderts – als Phänomen der Vergangenheit, aber das gilt für den Typus des ‚Gelehrten‘ wohl nicht minder, doch muss das hier nicht weiter reflektiert werden. Die Konsequenzen für die Historiografiegeschichte der letzten Jahrzehnte sind jedenfalls leicht vorstellbar. Der Herausgeber geht in der Einleitung auch kurz auf die sehr unterschiedliche Deutung der deutschen Ostforschung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein, für die er weniger einen Mangel an Quellen als ihre selektive Auswahl und Interpretation verantwortlich macht. Er skizziert dann die wechselvolle Vita Hermann Aubins, um schließlich die Auswahl aus der Korrespondenz des „leidenschaftlichen Briefeschreibers“ (S. 9) zu erläutern, deren einstiger Gesamtumfang sich laut vorsichtiger Schätzung Mühles auf etwa 12.000 belaufen haben mag (S. 9 Anm. 25). Tatsächlich erhalten ist davon wesentlich weniger, auch wenn man in Rechnung stellen muss, dass sich neben den Briefen in öffentlichen Archiv- und Bibliotheksbeständen künftig noch etliche in privaten Nachlässen finden werden. Da das Interesse des Editors – wie schon in der Biografie – auf Aubin als Ostforscher gerichtet ist, wurde eine engere Auswahl von 501 Briefen getroffen, von denen nun 228 aus dem Zeitraum 1910 bis 1968 in dieser Edition vorliegen (S. 11), und zwar durchweg Briefe von Aubin, wobei als bevorzugter Korrespondenzpartner der Göttinger Historiker Siegfried A. Kaehler (hier 44 Briefe) in den Vordergrund tritt. Viele Briefe an ihn übertreffen an ‚Unmittelbarkeit und Intimität‘ sogar noch die Familienkorrespondenz, darunter auch Briefe an den Bruder Gustav, der Professor für Nationalökonomie in Halle an der Saale war. Für das Thema ‚Ostforschung‘ und deren Organisation in der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft und – nach 1945 – im Herder-Forschungsrat erweist sich besonders die Korrespondenz mit dem Historiker Albert Brackmann als aussagekräftig. Die Briefe werden in chronologischer Folge mit knappem Kopffest, Angabe des Lagerortes, in der Regel ungekürzt und mit ausführlichen Sachanmerkungen zum Abdruck gebracht, in denen weiterführende Informationen zu den Korrespondenzpartnern, erwähnten Personen, Sachverhalten und Vorgängen geboten werden (zu den wenigen Korrespondenzpartnern, die nicht erläutert werden, gehört Friedrich von Zahn [1902–1993], der Ministerialbeamter im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen war und für die Förderung der Forschung über Mittel- und Ostdeutschland eine wichtige Rolle spielte; sein Bruder war übrigens der bekannte Fernsehjournalist Peter von Zahn). Als Anhang werden zudem noch der Antrag auf Gründung eines Instituts für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Breslau 1936, das Sitzungsprotokoll über Vorbereitung einer Denkschrift über die neue ostdeutsche Reichs- und Volkstums-grenze vom September 1939 sowie das Gründungskonzept für den Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat und das Herder-Institut 1949 zum Abdruck gebracht.

Die Korrespondenzpartner sind leicht aus dem Personenregister ersichtlich, weil die einschlägigen Seitennachweise im Fettdruck hervorgehoben werden. Der thematische Auswahl-Charakter der Edition ist stets im Blick zu behalten. Beziehungen zu Rudolf Kötzschke in Leipzig und seinen Schülern scheinen kaum auf. Die wenigen Betreffe zu Kötzschke und Schlesinger seien aber zumindest erwähnt. Dem wissenschaftlichen Urteil über den jungen Walter Schlesinger, 1954 im Zusammenhang mit dessen geplanter Berufung an die FU Berlin gegenüber Wilhelm Berges geäußert (S. 485–488), kann man nur einschränkungslos zustimmen. Was Hermann Aubin selbst betrifft, berührt natürlich besonders das Spannungsverhältnis zwischen fachlicher Innovationskraft und Organisationstalent auf der einen Seite und der Befangenheit in völkischen Denkmustern auf der anderen Seite, die auch nach 1945 nicht ganz überwunden wurde (bezeichnend ist, dass Aubin nach dem Zusammenbruch schon im September 1945 für seine Lehrstuhlvertretung in Göttingen ein Hauptkolleg plante,

„welches gerade auch die methodischen Grundfragen der Geopolitik, der Rassenkunde im Verhältnis zur Geschichte behandelt“ [S. 358], und dass er noch im Juli 1960 in einem Brief an Ernst Birke den herkömmlichen Volkstumsbegriff gegen einen modernen Nationalitätenbegriff, wie ihn Hans-Dietrich Kahl auf einer Tagung vertreten hatte, mit der Bemerkung verteidigt, „sonst könnten auch Neger Deutsche werden“ [S. 564]). Damit wird deutlich, welche Herausforderung es aus heutiger Perspektive darstellt, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ganz selbstverständlichen völkischen Denkmuster vieler deutscher Historiker zu verstehen. Gleichwohl sei abschließend betont, dass die hier edierten Briefe nicht nur Einsichten in die intellektuelle Biografie eines einflussreichen Historikers bieten, sondern auch als Zeugnisse bürgerlich-professoralen Selbstverständnisses und Alltags lesenswert sind. Vor allem die Briefe, die Aubin unter dem Eindruck des totalen Zusammenbruchs, der Vertreibung und der materiellen Not 1945/46 geschrieben hat, lassen nicht unberührt.

Leipzig

Enno Bünz

JOSEF KOCH unter Mitarbeit von KERSTIN ACKERMANN, Die „Wolfgang-Rosenthal-Klinik“ Thallwitz 1943–1994. Ein unbequemes Kapitel der Geschichte der Universität Leipzig, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011. – 285 S., 63 Abb., Dokumentenanhang 52 Bl. (ISBN: 978-3-86583-536-9, Preis: 32,00 €).

Der Gesamteindruck vorweg: die Darstellung beweist, dass bis in die letzten Fasern der Medizin, hier der Kieferchirurgie, die ideologische Durchdringung des SED-Regimes nahezu vollständig war: lieber systemtreue Genossen an der Spitze als ausgewiesene, parteilose Fachleute. Das galt für die Verwaltung ebenso wie für die ärztliche Leitung. Letztendlich ist das sogenannte sozialistische System auch an seinem starren, lebensfremden, der Wirtschaft und Gesellschaft aufoktrozierten ideologischen Überbau gescheitert. Dafür kann die Wolfgang-Rosenthal-Klinik in Thallwitz als Beispiel dienen.

Der Verfasser, Josef Koch, Schüler von Wolfgang Rosenthal, ist einer der unmittelbar Beteiligten, ausgewiesen als herausragender Kieferchirurg und 1975 mit einem „Konfliktverschleierungsvisum“, wie er es nennt, zum Verlassen der DDR mehr oder weniger gezwungen worden. Unter seiner Leitung ist auch die Dissertation von Kerstin Ackermann zu diesem Thema entstanden (vgl. K. ACKERMANN, Die „Wolfgang-Rosenthal-Klinik“ Thallwitz/Sachsen in den zwei deutschen Diktaturen, Diss., Gießen 2008).

Eigenes Erleben, der im Besitz des Verfassers befindliche Nachlass von Wolfgang Rosenthal, zahlreiche Zeitzeugenberichte, Archivstudien, darunter in den BStU-Archiven in Sachsen und Thüringen, ergeben ein überzeugendes Gesamtbild von eindrucksvoller Detailtreue. Der bizarre Lebenslauf des erfolgreichen Sängers, Mediziners und Zahnmediziners Wolfgang Rosenthal, habilitiert für Kiefer- und Gesichtschirurgie, der unter dem NS-Regime im Sinne der ‚Nürnberger Gesetze‘ als Jude zweiten Grades galt, zieht sich wie ein roter Faden durch die Darstellung. Rosenthal errichtete 1943 Schloss Thallwitz als private Klinik für Kinder. Das war möglich, weil Heinrich XLV. Prinz zu Reuß (1895–1945) die Räume zur Verfügung stellte. 1949 übernahm die Sozialversicherung von Sachsen die Privatklinik als ‚Kieferchirurgisch-orthopädische Heilstätte‘. Rosenthals Berufung nach Berlin änderte zunächst nichts an der Leitung der Thallwitzer Klinik. Erst nach seinem Ausscheiden entwickelte sich ein kaderpolitisches Ränkespiel mit parteipolitischen Konsequenzen, die oft genug den gesetzlichen Vorschriften entgegenstanden. In diesem Räderwerk musste Josef Koch letztlich scheitern.